WIR machen das. Wer sonst?

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

wussten Sie, dass dem Staat jährlich 30 Milliarden Euro Steuereinnahmen verloren gehen, weil der Personalabbau in den Finanzämtern munter voranschreitet?

Steuern sind die Haupteinnahmequelle unseres modernen Staatswesens. Deshalb ist es unverständlich, warum die Politik die wichtigste Geldquelle zur Finanzierung staatlicher Aufgaben versiegen lässt. In den letzten Jahren wurde das Personal in den Finanzämtern um rund 15 Prozent verringert, während das Steuerrecht komplizierter wurde und die Arbeitsbelastung in den Ämtern steigt. Den rund 110.000 Beschäftigten in den bundesweit 600 Finanzämtern fällt es zunehmend schwer, den Steueranspruch des Staates gegenüber seinen Bürgern durchzusetzen und – auch das wird häufig übersehen – einen wesentlichen Beitrag zur Steuergerechtigkeit in unserem Land zu leisten. Die Außendienste der Steuerverwaltung sorgen bei ihren Betriebsprüfungen dafür, dass nicht nur die Arbeitnehmer, sondern auch Unternehmen ihrer Steuerpflicht nachkommen. Bei Straftaten wie Steuerhinterziehung oder Steuerordnungswidrigkeiten setzt die Steuerfahndung in zumeist langwierigen Verfahren alles daran, jene zu überführen, die sich vor ihrer Zahlungsverpflichtung gegenüber dem Gemeinwesen drücken wollen.

In der Personaldecke der Steuerverwaltung klaffen inzwischen Löcher, durch die nicht erhobene Steuerforderungen in Höhe von 30 Milliarden einfach so versickern. Um zumindest die wichtigsten Aufgaben zu erledigen, benötigten die Finanzämter etwa 15.000 zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Es fehlen in Deutschland allein rund 4.000 Betriebsprüfer und 1.000 Steuerfahnder. Ein Steuerfahnder oder ein Betriebsprüfer kostet mit allen Nebenkosten rund 80.000 Euro im Jahr. Mit seinen Prüfungen bringt er dem Gemeinwesen rund 1 Million Euro netto jährlich.

Vielen Dank für Ihr Interesse an unserer Aktion.

Unsere Forderung:

Erhöhung der Tabellenentgelte (TV-L und TVÜ-Länder) sowie der Ausbildungsentgelte (TVA-L BBiG und Pflege) um 50 Euro als Sockelbetrag und darauf Anhebung um 3 Prozent

Eine Laufzeit über 14 Monate, ab dem 1. Januar 2011

Die Übernahme aller Auszubildenden im Länderbereich

Die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des materiellen Gehalts der Tarifeinigung auf den Beamtenbereich

Die Umsetzung der Vereinbarung vom 1. März 2009 zur Eingruppierung innerhalb der Einkommensrunde 2011; das gilt auch für den Bereich der Lehrkräfte

Eine Öffnung, um auf Landesebene über Altersteilzeit verhandeln zu können

Eine gewerkschaftliche Vorteilsregelung

Eine regelmäßige Tarifpflege, zum Beispiel im KR-Bereich und im Bereich der Straßenbauverwaltung



© AD AGENDA Kommunikation und Event GmbH
Foto AD AGENDA | Cathrin Bach

www.wir-machen-das-wer-sonst.de

dbb beamtenbund und tarifunion

ver.di Vereinte Dienstleistungs-gewerkschaft